

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 4

Artikel: Christen und Marxisten vereint im Ringen um Frieden : das Votum eines jugoslawischen Bischofs
Autor: Grmi, Vekoslav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christen und Marxisten vereint im Ringen um Frieden

Das Votum eines jugoslawischen Bischofs

Zwei Dinge stellen für die Menschheit von heute eine grosse Herausforderung dar: Einmal geht es um das naturwissenschaftlich-technologische Denken in Verbindung mit einer entsprechenden ökonomisch-industriellen Praxis. Von daher kommt die Frage nach dem Menschen und nach dem, was aus ihm werden soll. Verkommt der Mensch immer mehr zum Objekt der modernen Maschinen- und Apparatewelt, oder gelingt es ihm, endlich wieder Subjekt dieser Entwicklung zu werden und eine umfassende menschliche Zukunft zu gestalten? Besonders geht es jedoch um die Gefährdung des Friedens durch die Atomrüstung. Im Gegensatz zu allen früheren Epochen der Weltgeschichte sind die Menschen heute fähig, ganze Völker mit einem Schlage auszurotten, ohne dass diese die Chance eines gerechten Schutzes besitzen. Die Menschheit hat nur noch eine geringe Zeitspanne, um der Weltkatastrophe durch eine Weltfriedensordnung zu entgehen. Wir haben keine Alternative mehr zum Frieden. Er ist Bedingung des Überlebens. Es gibt nur ein Ziel der Sicherheitspolitik: die Kriegsverhütung. Die Rüstung ist zu einem paradoxen Monster geworden. Um das Leben angeblich zu schützen, produziert man Waffen, deren Einsatz alles Leben vernichtet.

Der Manichäismus der Feindbilder als grösste Gefahr für den Frieden

Kurz vor seinem Tod hinterliess uns Friedrich Heer die prophetischen Worte:

«Der Manichäismus ist die Krebskrankheit der weissen Zivilisation, der Zivilisation des weissen Mannes, der Zivilisation des Christentums. Der Manichäismus ist weltgeschichtlich heute wieder eine furchtbare Macht, in westlichen Formen, in östlichen Formen... Manichäismus heute: Er arbeitet in Christen und Gegenchristen, in 'Roten' und 'Schwarzen', in Amerikanern, Europäern, Muslimen... Er offenbart sich als die stärkste Weltmacht, die die Menschheit nicht zur Ruhe, nicht zum Frieden kommen lässt, da sie Heil nur im Endkampf gegen 'die Bösen' hier, heute, morgen sieht und, besessen von ihrem Teufelsglauben, Teufeleien produziert — in Ost und West, in Nord und Süd.»¹

Die Wahrheit dieser Gedanken wird immer wieder bestätigt. So hat US-Präsident Reagan vor protestantischen Fundamentalisten seine berüchtigte Rede über die notwendige Ausrottung «des Bösen» im Kreml gehalten.² Die Kommunisten sind für ihn Kinder der Finsternis, die man ausrotten muss. Vor kurzem hat auch ein Kirchenfürst in Österreich erklärt, dass die Kommunisten «falsche Freunde» seien, mit denen die katholische Jugend nicht vereint um den Frieden ringen dürfe. Es ist nun aber gerade diese manichäische Haltung, welche die Menschheit nicht zum wirklichen Frieden kommen lässt.

Die Ideologisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und auch der zwischenstaatlichen Beziehungen nach den Prinzipien von Gut und Böse führt

zu Feindbildern gegenüber Andersdenkenden und gegnerischen Machtblöcken. So sagt Reagan zu R. Scheer: «Wir haben eine andere Vorstellung von menschlichem Leben als jene Ungeheuer.»³ Den Kommunismus dürfte es nach Reagan gar nicht geben. Er will ihn «abschliessen als ein trauriges, bizarres Kapitel der Geschichte, dessen letzte Seiten eben geschrieben werden». «Wir werden uns nicht damit abgeben, ihn anzuprangern, wir werden uns seiner entledigen..., auf dass künftige Generationen diese amerikanische Nation und ihre grossen Ideale ehren können», sagte er am 18. Mai 1981.⁴

Ähnlich fühlte sich schon Richard Nixon als Kämpfer gegen das Böse in Gestalt des Kommunismus: «Es mag als melodramatisch erscheinen, wenn man die beiden Pole menschlicher Lebensform, repräsentiert durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, gleichsetzt mit Gut und Böse, Licht und Dunkelheit, Gott und Teufel. Dennoch, wenn wir sie uns so vorstellen, wenigstens hypothetisch, kann uns dies helfen, das Ringen in der Welt besser zu verstehen.»⁵

Die Sowjet-Ideologie meint zwar auch, dass es den Kapitalismus nicht geben dürfe. Doch gibt es einen nicht ganz unwesentlichen Unterschied zwischen den beiden Weltanschauungen. Die Kommunisten billigen nämlich dem Kapitalismus eine vorläufige, auslaufende Existenzberechtigung zu. Der Kapitalismus hat als Fortschritt gegenüber dem Feudalismus seinen Ort, seine Funktion in der Geschichte. Er ist für den Marxisten eine Vorstufe zum Sozialismus und hat insofern einen relativen historischen Wert.

Die Verteufelung des weltpolitischen Gegners verunmöglicht den Dialog, aus dem allein der Friede kommen kann. Erhard Eppler sagt richtig: «Wo Interessen offen dargelegt und nicht hinter ideologischen Phrasen versteckt werden, wo nicht mehr die Furcht vor dem Vernich-

tungswillen des anderen den eigenen Vernichtungswillen hervorbringt und spiegelt, wo keiner blind wird für fremde Interessen, stellt sich manche Frage weniger dramatisch, auch die, welches Interesse die Sowjetunion an dem Überfall auf Westeuropa haben sollte, vor dem man uns seit beinahe vier Jahrzehnten Angst einjagt.»⁶

Gewaltfriede und befreiender Friede

Es gibt einen Frieden, der als Absicherung der bestehenden Verhältnisse verstanden werden kann, dem es um Sicherheit, Ruhe und Ordnung geht. Es gibt aber auch einen Frieden, der erst noch zu schaffen ist, indem ungerechte Strukturen abgebaut und der Rüstungswahnsinn beendet werden. Man kann auch sagen, dass hier der Friede von oben und der Friede von unten gegeneinanderstehen. Auch die Bibel hat es mit diesen beiden Formen des Friedens zu tun. Es geht ihr zum Beispiel um den Gegensatz zwischen dem Pilatusfrieden und dem Christusfrieden. Der Pilatusfrieden dient der Pax Romana. Die Ordnung, die Ruhe, der Gehorsam sind seine obersten Werte. Jesus sieht dagegen die Opfer der Strukturen, die Menschen. Sein Friede, der Friede des Reiches Gottes, hängt daher von Anfang an mit der Befreiung der Armen zusammen. Der Friede Christi kommt nicht von oben, aus dem Blickwinkel der Macht, sondern von unten, aus den Ängsten und Hoffnungen der kleinen Leute. Der Friede Christi bedeutet, den Unterdrückten Recht zu verschaffen und die Strukturen, die Institutionen, die dem entgegenstehen, zu bekämpfen. Die Vertreter des Gewaltfriedens sehen darin eine Gefahr, eine Unruhestiftung, eine Friedensbedrohung, und sie überlegen, wie sie den befreienden Frieden vernichten können. Der Gewaltfriede aller Zeiten rechnet mit dem Tod des Gegners, sein Prinzip begründet Abschreckung, Gewalt, Vernichtung.⁷

Der Gewaltfriede ist Abschreckungsfriede, aggressiver und bewaffneter Frie-

de, der zugleich zum Verbrechen an den Armen wird. Die Nachrüstung ist Logik dieses Gewaltfriedens. Der Kampf gegen die Nachrüstung ist umgekehrt die logische Folge der Orientierung am Christusfrieden, am befreienden Frieden; er ist Nachfolge Christi. Ja, er ist fundamentale Opposition gegen eine Gesellschaftsform, in der die Dinge, das Kapital wichtiger sind als die Menschen, in der daher der Antihumanismus anstatt des Humanismus herrscht. Obschon bekannt ist, dass in jeder Minute dreissig Kinder an Hunger sterben, werden in der gleichen Zeit 2,5 Millionen Franken für die Rüstung ausgegeben. Der Gewaltfriede oder Pilatusfriede macht also blind. Er dient nicht dem Menschen und seiner Zukunft, nicht dem Evangelium und dem Reich Gottes.

Humanismus als das Verbindende zwischen Christen und Marxisten

Dem Christentum geht es um den Menschen. Schon die zentrale Wahrheit von der Menschwerdung Gottes lässt uns das erkennen: Gott hat sich unwiderruflich mit der Menschheit verbunden, indem er Mensch wurde, und so den Menschen als höchsten Wert anerkannte. Jesus ist «gekommen, damit sie das Leben haben und es in Fülle haben» (Joh. 10,10). Er identifiziert die Liebe zum Menschen mit der Liebe zu Gott. Ja, es ist möglich, den Menschen wirklich zu lieben und Gott wirklich zu dienen, ohne von Gott zu wissen oder Gott dienen zu wollen.

Für das Christentum ist es selbstverständlich, den Menschen immer als Glied der Gemeinschaft zu betrachten. Das Evangelium verpflichtet den Menschen, sich um das Reich Gottes, um die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, um die Gerechtigkeit, Liebe und Solidarität zu bemühen. Der Einzelmensch muss immer auf seine Mitmenschen, auf die Gemeinschaft Rücksicht nehmen.

Die Verhältnisse, in denen der Mensch lebt, müssen verändert werden, wenn sie das Kommen des Reiches Gottes, das

Werden der neuen Erde und des neuen Menschen, den wirklichen Humanismus verhindern. Freilich ist der christliche Humanismus immer auch Gabe Gottes, geht es doch letztlich um die Befreiung von der Sünde als Wurzel der ungerechten Ordnung und um das Warten auf das vollkommene Reich Gottes, wemgleich darob die revolutionäre Flamme des Evangeliums für die Erde auf keinen Fall erlöschen darf.

Auch dem Marxismus geht es um den Menschen, um die Menschheit. Der Marxismus will den Menschen von jeder Entfremdung, Ausbeutung und Versklavung befreien. Darum muss alles diesem Ziel untergeordnet werden, von dem das Kommunistische Manifest sagt: «An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.»⁸ Die Aufhebung des Privateigentums und die Kritik der Religion sind berechtigt, insofern Privateigentum und Religion der Befreiung der Menschheit im Wege stehen.

Es soll eine klassenlose Gesellschaft entstehen. Der Mensch soll das höchste Wesen für den Menschen sein; alle Verhältnisse aber, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, sollen umgeworfen werden.⁹ Erich Fromm fasst diesen sozialistischen Humanismus so zusammen: «Der höchste Wert in allen gesellschaftlichen und ökonomischen Einrichtungen ist der Mensch. Ziel der Gesellschaft ist es, dem Menschen die Bedingungen für die vollste Entfaltung seiner Möglichkeiten, seiner Vernunft, seiner Liebe und seiner Kreativität zu bieten... Ziel des Sozialismus ist eine Gemeinschaft, in der die volle Entwicklung jedes Einzelnen die Voraussetzung für die volle Entwicklung aller ist. Das höchste Prinzip des Sozialismus lautet: der Mensch hat vor den Dingen, das Leben vor dem Besitz und deshalb die Arbeit

vor dem Kapital Vorrang; Macht beruht nicht auf Besitz, sondern auf schöpferischer Leistung; der Mensch darf nicht von den Umständen, sondern die Umstände müssen vom Menschen beherrscht werden. In zwischenmenschlichen Beziehungen muss das Prinzip gelten, dass jeder Mensch Selbstzweck ist und niemals zum Mittel für die Zwecke eines anderen gemacht werden darf... Der humanistische Sozialismus ist ein radikaler Gegner von Krieg und Gewalt jeder Art...»¹⁰

Wohl gibt es im real existierenden Sozialismus Missbrauch, ja Verkrüppelung der sozialistischen Werte. Doch gilt dasselbe auch für das real existierende Christentum. Auch hier gibt es Missbrauch und Verkrüppelung der biblischen Botschaft.

Befreiender Friede des Christentums und des Marxismus

Christentum und Marxismus befürworten beide den befreienden Frieden. Deswegen können Christen und Marxisten auch vereint um den Frieden ringen. Die Unterschiede, die zwischen den beiden Weltanschauungen bestehen, dürfen diese Zusammenarbeit nicht verhindern. Wir können uns dabei auf das Evangelium berufen: Als die Jünger sahen, wie ein Mann, der ihrem Meister nicht nachfolgte, dennoch in dessen Namen Dämonen austrieb, sagte Jesus zu ihnen: «Hindert ihn nicht! Denn wer nicht gegen euch ist, der ist für euch» (Luk. 9,50). In demselben Sinn befürwortet auch die Enzyklika «Pacem in terris» von Papst Johannes XXIII. die Zusammenarbeit

aller Menschen guten Willens, ungeachtet ihrer Weltanschauungen.¹¹

Wir dürfen im Ringen um den Frieden vor keinem Wagnis zurückschrecken, nicht einmal vor dem Wagnis des «Unilateralismus», und das heisst: Wir sollen auch für die einseitige Abrüstung eintreten. Mit den Dogmen der Machtpolitik muss einfach Schluss gemacht werden, besonders mit jenem Dogma, das angeblich die Abrüstung durch eine Politik der Stärke erzwingen will und in Wahrheit zu immer wahnsinnigerer Aufrüstung führt. Wir sollten alles tun, was die Abschaffung der Kriegsgefahr fördert und den wirklichen Humanismus in der Welt voranbringen kann. Auch die Friedensbewegungen haben eine grosse Bedeutung in unserer Zeit. Es müssen sich alle Menschen guten Willens vereinigen und der Machtpolitik ein Ende setzen. Es müssen sich insbesondere die Christen und die Marxisten in diesen Bestrebungen vereinigen; denn es geht um das Überleben der Menschheit.

¹ In: «Die Furche» vom 31. August 1983.

² A.a.O.S. 1.

³ E. Eppler, Die tödliche Utopie, Reinbek (Rowohlt) 1983, S. 109.

⁴ A.a.O.S. 117.

⁵ A.a.O.S. 118.

⁶ A.a.O. S 123.

⁷ Vgl. P. Rottländer, Pilatus- oder Christusfrieden, in: Publik-Forum 1983, Nr. 6, S. 16.

⁸ Marx-Engels, Ausgewählte Werke Bd. I, Berlin 1970, S. 438.

⁹ A.a.O. S. 18.

¹⁰ E. Fromm, Über den Ungehorsam, Stuttgart 1982, S. 87-90.

¹¹ Vgl. Pacem in terris, Nr. 157.

In Chile haben sich in diesem Jahr Christen und Marxisten gefunden. Christen sind Marxisten geworden, ohne aufzuhören, Christen zu sein, und Marxisten haben an dieser Bundesgenossenschaft erkannt, dass Christentum ein revolutionärer Prozess sein kann, nicht notwendig ein reaktionäres Potential sein muss. Das muss Wirkung haben bei uns. Vom Streit der Christen und Marxisten hat bisher nur das Kapital profitiert. Weltanschauung darf nicht mehr trennen.

(Helmut Gollwitzer, Schlusswort an einem Teach-in zu Chile am 14. September 1973 in Westberlin)

kam, ohne dass sie dabei mitzubestimmen hatten.

Das ganze Geld- und Zinssystem kompliziert diesen Grundsachverhalt, aber es schafft keinen neuen. Zins ist nur gerade die Leihgebühr, die ein aktiver Fabrikant einem passiven Besitzer von «Gutscheinen», Geld eben, auf anzuschaffenden Produktionsmitteln bezahlt, weil er offenbar eine Wertschöpfung aus den damit arbeitenden Beschäftigten erzielt, der über dem Zins liegt und ihm daher auch noch etwas lässt. Der Zinsnehmer ist aber damit ein Beteiligter am Fabrikertag aus den Beschäftigten, gemäss einer Abmachung, dem Zinssatz, eben. Das ist alles.

Die Demokratisierung der Wirtschaft — auch ein Mittel gegen die Geldspekulation

Wer an der wirtschaftlichen Ungleichheit der Menschen etwas ändern will, muss ihnen im Produktionsprozess eine stärkere Stellung geben, Mitbestimmung am Arbeitsplatz verschaffen, noch besser: auf eine Gesell-

schaftsordnung zielen, wo das Produktionsmitteleigentum breit gestreut ist, in Genossenschaften beispielsweise. Mit dieser Änderung hört auch die Geldspekulation automatisch auf: Mit Genossenschafterteilen kann man nicht spekulieren, weil die Abmachungen dahinter nicht dem eingangs beschriebenen kapitalistischen Modell entsprechen. Diese Besitzanteile sind nicht immer übertragbar, sie gewähren immer nur eine Stimme pro Kopf, nicht pro Anteilschein, sie werden bloss verzinst und werfen keine unbegrenzten Dividenden ab, und das Unternehmen kann bei Liquidation nicht privat behändigt werden. Aber nicht der blosser Umtausch dieser Scheine des Geldbereichs (Aktien in Genossenschafterscheine) ändert die Beziehungen der Menschen, sondern doch die vorausgehende Übereinkunft, die Produktionsmittel in dieser Form zu besitzen und die damit erzielten Arbeitsverträge in dieser Form zu verteilen. Das ist die Realität hinter dem Geldschleier.

Beat Kappeler

Aus befreundeten Vereinigungen

Aktion «Gemeinsame Militärsteuerverweigerung»

Die schweizerischen Militärausgaben kosten im gegenwärtigen Rüstungsprogramm 4,5 Milliarden Franken, und schon enthalten die Regierungsrichtlinien für die Zeit von 1984 bis 1987 ein weiteres Aufrüstungsprogramm in der Höhe von 9 Milliarden Franken.

Müssen wir Zahler von Bundessteuer (alias Wehrsteuer) und Militärpflichtersatz uns da nicht fragen, ob wir diese Steuern noch unbesehen weiter bezahlen dürfen? Unsere Zahlungen treiben doch die wahnwitzig sich aufspiralende, untergangsdrohende internationale Aufrüstung mit an. Diese Spirale erdrückt — wie eine sich ringelnde Schlange — durch die sich steigende Militarisierung aller Gruppen der Gesellschaft eine gesunde und aufbauende Volkswirtschaft.

Verantwortungsbewusst für das Wohl unserer Nation haben Schweizerinnen und Schweizer sich durch ihre Gewissenserkenntnis gezwungen gefühlt,

ihr Geld nicht mehr unbesonnen und freiwillig dem Bund zur Verfügung zu stellen. 20 Prozent ihres Steuerbetrages, gemäss dem Anteil der Bundesausgaben für die Armee, halten sie demonstrativ zurück. Sie überweisen den entsprechenden Betrag an eine schweizerische Organisation, die sich tatkräftig um Abrüstung und Frieden bemüht. Diese symbolische Handlung soll eine Aufforderung an den Bund, die Politiker und das ganze Volk sein, sich offiziell und öffentlich für den Aufbau eines gerechten und auf gesellschaftlicher Solidarität beruhenden Friedens einzusetzen, sowohl in bezug auf die Dritte Welt, als auch hier unter uns.

Wer Eingehenderes über diese Aktion erfahren möchte, sei auf die «Erklärung: Gemeinsame Militärsteuerverweigerung» hingewiesen, welche bei der Aktionsgruppe AGMSV, Köchlistrasse 3, 8004 Zürich, erhältlich ist.

Willi Kobe

Corrigendum

Im Aprilheft 1984, S. 126, muss es heissen: «Unilateralismus» (nicht «Unliteralismus»).